

CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION SENKT NEUVERSCHULDUNG

## Deutschland Vorbild für Europa

Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung zahlen sich immer stärker aus. Das zeigten die intensiven Haushaltsberatungen der vergangenen Tage. Die Rekordbeschäftigung ermöglicht nicht nur die erneute Einhaltung der Schuldenbremse, sondern auch intensive Investitionen in die Zukunft. So wird der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im kommenden Jahr mehr als zwölf Milliarden Euro schwer sein – das bedeutet einen Zuwachs von über zehn Prozent. Union und FDP machen damit ihr Versprechen wahr, für eine „Bildungsrepublik Deutschland“ arbeiten zu wollen.

### Zwölf Milliarden für Bildung und Forschung

Gleichzeitig fällt die Neuverschuldung deutlich niedriger aus als noch zuletzt angenommen. Immer mehr Menschen profitieren mit ihren Familien von neu entstandenen Arbeitsplätzen. Das ermöglicht mehr Steuereinnahmen und macht weniger Sozialausgaben erforderlich. Bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes betonte auch Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble: „Durch konsequenten Defizitabbau und durch Stärkung des Vertrauens in die deutsche Volkswirtschaft haben wir mehr Investitionen erreicht und damit mehr Wachstum generiert.“ Nach aktuellem Stand muss die Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr höchstens 27,2 Milliarden Euro betragen; für 2011 war noch mit einer Neuverschuldung von über 48 Milliarden Euro gerechnet worden.

### Wirtschaft hat sich voll erholt und eine Million Jobs geschaffen

Damit schreitet die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen wesentlich schneller voran als von Experten prognostiziert. Den mehr als fünfprozentigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 2009 hat die deutsche Wirtschaft bereits wettgemacht. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hob in ihrer Rede in der Generaldebatte vom Mittwoch hervor, dass alleine in den vergangenen zwei Jahren eine Million sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden seien. Die Bundeskanzlerin hatte zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, den Einbruch der Wirtschaftsleistung bis 2013 aufzuholen. Gleichzeitig hatte sie zugesichert, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen werde. Beide Ziele, so betonte die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag, seien bereits erreicht worden.

Nun gehe es darum, dass nach Deutschland auch Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen werde. Ebenso wie die Bundeskanzlerin argumentierte Schäuble, der darauf hinwies, dass der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands weiterhin von der Stabilität des Euro abhängen werde. In der Tat gehen rund 60 Prozent der Ausfuhren der stark exportabhängigen deutschen Wirtschaft in das europäische Ausland.

## Schuldenabbau gegen Schuldenkrise

Diese Debatte findet in Zeiten großer Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten statt. In dieser schwierigen Zeit setzt unser Haushalt notwendige und richtige Akzente: Zum Ersten wird deutlich, dass Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören und dass beides möglich ist. Zum Zweiten wird klar: Was Deutschland kann, muss auch Europa können. Als Vorreiter beim Schuldenabbau setzen wir hier wichtige Zeichen. Dafür möchte ich der Bundeskanzlerin ganz herzlich danken!

Dass wir besser dastehen als vor der Krise, liegt an einer riesigen Gemeinschaftsleistung der Menschen im Land, der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, aber auch der verantwortlichen Regierung. Gleichzeitig nehmen wir die Sorgen der Menschen ernst. In Bezug auf unsere gemeinsame Währung können wir feststellen: Der Euro ist stabiler, als die D-Mark es war. Unsere heutigen Probleme resultieren aus der Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum. Wir haben damals davor gewarnt. SPD und Grüne haben leichtfertig zugestimmt. Das war der erste Sündenfall. Als zweiter Sündenfall kam das Aufweichen der Stabilitätskriterien hinzu, weil SPD und Grüne selbst nicht willens waren, sie einzuhalten.

### Der Euro ist stabiler, als die D-Mark es war

Was wir nun in dieser schwierigen Lage brauchen, ist erstens ein konsequenter Schuldenabbau. Wir sind hierbei auf einem sehr guten Weg. Zweitens brauchen wir eine stabilitätsorientierte Politik in jedem der Euro-Länder. Drittens brauchen wir wettbewerbsfähige Strukturen in ganz Europa. Die von der Opposition vorgeschlagenen Euro-Bonds sind dagegen ein völlig falscher Weg. Die Länder, die gut wirtschaften und eine hohe Bonität haben, würden dann einen höheren Zinssatz zu bezahlen haben. Gleichzeitig würde der Druck auf die anderen Länder, sich stabilitätskonform zu verhalten, wegfallen. Wir brauchen keine Schuldenunion, sondern eine Stabilitätsunion.

Deutschland ist für viele Länder Vorbild bei der Schuldenbremse und bei Strukturereformen. Die Schuldenbremse ist nicht nur aktuell wichtig; sie bringt vielmehr zum Ausdruck, was seit Jahren das Markenzeichen dieser Regierung ist: Es ist das Bemühen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, und zwar nicht nur in der Umwelt- und Sozialpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik. Das kommt im Haushalt zum Ausdruck – Rückführung der Neuverschuldung –, aber auch im Ergebnis unserer Politik. Das zeigt die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Nachdem wir fünf Millionen Arbeitslose zu Beginn unserer Regierungszeit übernommen haben, sind wir jetzt bei unter drei Millionen. Unser Ansatz, Schulden abzubauen, Wachstum zu fördern und die Betroffenheit der Menschen nicht aus den Augen zu verlieren, war erfolgreich. Auf diesem Weg werden wir weitergehen und unsere Arbeit fortsetzen.